



**AFRIKA-VEREIN**  
DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

## **Die Dynamik der Wirtschaft nutzen – Afrikas Entwicklung fördern**

**Entwicklungspolitische Thesen  
des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft (AV)**

---

**2015 sollen mit der »Post-2015 Development Agenda« auf internationaler Ebene die Weichen der Entwicklungspolitik für die nächste Dekade gestellt werden. International und speziell in Deutschland findet die entwicklungspolitische Debatte zunehmendes Interesse. Hintergründe dafür sind die aktuelle deutsche G7-Präsidentschaft, aber auch drängende Herausforderungen in vielen Zielländern der Entwicklungszusammenarbeit, die vor allem durch die Rekordzahlen der Flüchtlingsbewegungen in den Medien Aufmerksamkeit erregen. Im Fokus der Debatte steht dabei der afrikanische Kontinent – nicht zuletzt, weil fast 40 Prozent der deutschen Entwicklungsgelder an afrikanische Empfänger fließen. Mit 22,7 Mrd. Euro bilateraler Entwicklungszusammenarbeit ist Deutschland das drittgrößte Geberland der Welt.**

Für die durch den Afrika-Verein repräsentierten in Afrika aktiven deutschen Unternehmen hat die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eine hohe Relevanz: Zum einen, weil EZ auch negative wirtschaftliche Effekte haben kann, wenn Sie sich nicht an den lokalen Notwendigkeiten orientiert oder ökonomische Fehlanreize setzt. Viel diskutiert worden ist beispielsweise die stellenweise entstandene Geber-Nehmer-Mentalität. Zum anderen aber, weil Unternehmen umgekehrt von den durch erfolgreiche EZ-Projekte geschaffenen Rahmenbedingungen profitieren können und wiederum ihrerseits durch ihr unternehmerisches und begleitendes gesellschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung vieler afrikanischer Staaten leisten und einen noch größeren Beitrag leisten können. Aktuell sind mehr als 1.000 deutsche Firmen in Afrika aktiv und beschäftigen direkt mehr als 200.000 Angestellte. Der deutsch-afrikanische Außenhandel hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt und die Summe der deutschen Direktinvestitionen in Afrika liegt bei über zehn Milliarden Euro. Deutsche Unternehmen agieren in Entwicklungs- und Schwellenländern als höchst verantwortungsvolle Akteure im Hinblick auf die Einhaltung von Standards und die Wahrnehmung von sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Verantwortung.

Der AV nimmt die grundsätzliche Relevanz der EZ für die in Afrika aktiven Unternehmen sowie die durch die deutsche G7-Präsidentschaft stimulierte öffentliche Debatte zum Anlass, zu aus Sicht der Wirtschaft wichtigen Themenfeldern der Entwicklungspolitik Stellung zu beziehen:

- 1. Kooperations-Chancen nutzen:** Eine positive wirtschaftliche, aber auch politische und gesellschaftspolitische Entwicklung unseres Nachbarkontinents ist für deutsche Unternehmen ein zunehmend relevanter Faktor. Mit seinen Wachstumszahlen und seiner jungen und wachsenden Bevölkerung entwickelt sich Afrika mehr und mehr zu einem wichtigen Akteur der globalen Wirtschaft – zu einer Zielregion für Exporte und Direktinvestitionen, aber auch zu einer Herkunftsregion von Importen nach Deutschland und Europa. Das Interesse der Unternehmen, sich wirtschaftlich in Afrika und in Richtung Afrika zu engagieren, sollte als Chance erkannt werden, Entwicklung in den Zielländern der EZ

weiter voranzutreiben. Die Wirtschaft ist zu entsprechender Kooperation ebenso bereit, wie sie diese einfordert.

- 2. Modernes und differenziertes Afrikabild kommunizieren:** Große Teile der deutschen Öffentlichkeit sowie der Wirtschaft assoziieren mit Afrika noch immer primär Flüchtlinge, Krieg und Krankheiten wie etwa Ebola. Dafür ist auch die entwicklungspolitische Rhetorik verantwortlich, deren Akteure hinsichtlich des afrikanischen Kontinents in der Regel die öffentliche Diskussion dominieren und nahezu ausschließlich problemorientiert kommunizieren. Dabei werden positive Entwicklungen der letzten Dekaden oft ausgeblendet, die z.B. dazu geführt haben, dass mittlerweile mehr als die Hälfte der afrikanischen Länder sog. »Middle-Income Countries« sind. Damit gehören sie in die gleiche Kategorie wie z.B. Mexiko, Indonesien oder China. Die 54 Länder Afrikas müssen also viel differenzierter betrachtet und dargestellt werden. Nur wenn das Afrikabild realitätsnäher wird, können auch Unternehmen die Geschäftschancen und -risiken angemessen vermittelt werden. Auch darf die Produktion in oder der Bezug von Produkten aus Entwicklungsländern nicht unter einen Generalverdacht der Missachtung von sozialen und ökologischen Standards gestellt werden.
- 3. EZ effizient gestalten – Privatwirtschaft stärken:** Das gemeinsame Ziel von Politik und Wirtschaft ist eine möglichst effiziente EZ, die den weiteren Weg der Kooperationsländer in Richtung wachsendem Wohlstand und ökonomischer Selbstständigkeit fördert. Zunehmende Einigkeit besteht auch darüber, dass dieses Ziel nicht aus den Mitteln der EZ selbst generiert werden kann – sondern durch Strukturen und Voraussetzungen für leistungsfähige Volkswirtschaften vor Ort. EZ kann zu diesem Prozess beitragen. Er muss jedoch von lokalen und internationalen Unternehmen gestaltet und getragen werden. Sowohl die Stärkung des lokalen Privatsektors als auch die Förderung von wirtschaftlichem Engagement ausländischer (u.a. deutscher) Unternehmen sind daher sinnvolle Handlungsfelder der EZ. Sollten bestimmte Instrumente der EZ nachweislich nicht wirksam sein, müssen diese Maßnahmen ggf. gestrichen werden. Führt das zu einer Unterlaufung der vereinbarten, inputorientierten, Quote der »Official Development Assistance« (ODA), sind entweder die ODA-Quoten oder deren Zusammensetzung neu zu verhandeln.
- 4. Voraussetzungen für Wachstum und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung schaffen und fördern:** Die EZ sollte sich klarer zu gemeinsamen Zielen bekennen und ihre Handlungsinstrumente noch stärker darauf ausrichten, die deutsch-afrikanische Wirtschaftskooperation zu fördern. Dazu zählt die Förderung von lokaler Wirtschaft, besserer Energie- und Verkehrsinfrastruktur und verstärktem Handel sowie »Capacity Building«. Um deutsche Unternehmen beim Handel mit und bei Investitionen in afrikanischen Ländern zu unterstützen, sollten diese Handlungsfelder Priorität genießen. Nur so kann die lokale Wertschöpfung gesteigert werden. Know-how wird transferiert, Arbeitsplätze entstehen, die lokale Wirtschaft wird diversifiziert und wächst. Ebenso ist es sinnvoll, die Kooperationsländer bei der Entwicklung eines Rechtsrahmens für marktwirtschaftliche Strukturen und der Umsetzung von »Good Governance« zu unterstützen. Die Arbeit der politischen Stiftungen und anderer Akteure ist hierfür ein zielführendes und sinnvolles Instrumentarium.
- 5. Ressortdenken überwinden:** EZ ist nur ressortübergreifend und kohärent erfolgreich. Es gilt, Außen-, Wirtschafts-, Verteidigungs-, und Entwicklungspolitik gemeinsam zu denken. Das Bundeskanzleramt sollte eine stärkere koordinierende Rolle übernehmen und die

entsprechenden Ressorts verstärkt gemeinschaftlich aktivieren. Denkbar ist auch die Bildung einer ressort-übergreifenden Afrika-AG, die Afrikakenntnisse in Politik und Administration aufbaut und Beziehungen pflegt.

- 6. Finanzierungsmöglichkeiten verbessern:** Die Bundesregierung bietet durch die Aktivitäten der KfW sowie der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) bereits in breitem Umfang Finanzierungen für entwicklungspolitische Projekte und privatwirtschaftliche Engagements in Entwicklungsländern an. Auch die Instrumentarien der Investitionsgarantien und Hermesbürgschaften sind hilfreich, zumal letztere nun auch für einige afrikanische Länder geöffnet wurden. Ungeachtet dessen klagen deutsche Firmen über fehlende Finanzierungsangebote – insbesondere auch für entwicklungspolitisch sinnvolle Projekte. Einen Engpass stellt dabei die staatliche Risikoabsicherung dar. Daher sollte die Bundesregierung die Einrichtung eines Garantieinstruments prüfen, das die Finanzierung entwicklungspolitisch sinnvoller Engagements deutscher Firmen erleichtert (Entwicklungs-Hermes). Außerdem gilt es, die Unterfütterung von Hermesbürgschaften mit Zuwendungselementen aus dem Entwicklungsetat in Betracht zu ziehen.
- 7. Projekt-Frühphasen versichern:** Die größte Hürde für die Entwicklung neuer, entwicklungsfördernder Projekte besteht darin, Unternehmen zu finden, die in frühen Phasen der Projektentwicklung eigene Mittel in signifikantem Umfang investieren. Wer erst hohe Summen aufbringen muss, um die Projektgrundlagen zu schaffen – z.B. Umweltstudien in Auftrag geben, die Netzanbindung untersuchen, Abnehmerverträge verhandeln – muss eine hohe Risikobereitschaft mitbringen. Für entwicklungspolitisch sinnvolle Projekte sollte als Kombination aus EZ und Außenwirtschaftsförderung eine Projektentwicklungsversicherung eingerichtet werden. Ist ein Projekt erfolgreich, bezahlt der Unternehmer einen Anteil des Überschusses in einen Topf ein. Wird ein Projekt dagegen nicht realisiert, erstattet die Versicherung einen Teil der Entwicklungsaufwendungen.
- 8. Machbarkeitsstudien stärker fördern:** Mittelständische Unternehmen mit bis zu 500 Millionen Euro Jahresumsatz können bei der DEG einen durch Mittel des BMZ finanzierten Zuschuss beantragen, um Machbarkeitsstudien für entwicklungspolitisch sinnvolle Investitionen zu beantragen. Die DEG kann bis zur Hälfte der Kosten übernehmen, jedoch höchstens 200.000 Euro. Diese Obergrenze sollte erweitert werden, da zum Beispiel für die so wichtigen Energie- oder Verkehrsinfrastrukturvorhaben dieser Rahmen oft nicht ausreicht.
- 9. Handelsmöglichkeiten für afrikanische Partner verbessern:** Die Europäische Union (EU) sollte sich zum Nutzen beider Seiten für eine faire Integration der afrikanischen Staaten in die globale Wertschöpfungskette einsetzen. Dazu müssen tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut und die afrikanischen Partner bei der Einhaltung sanitärer und phytosanitärer Regularien unterstützt werden. In Europa sind Agrarsubventionen zu streichen, welche die Wettbewerbsfähigkeit nicht-europäischer Anbieter auf den hiesigen Agrarmärkten unterminieren. Zur Förderung deutscher Importeure sollte das Instrument der Import Promotion Desks (IPD), finanziert durch das BMZ, auf weitere afrikanische Länder ausgeweitet werden. Bisher beschränkt sich der IPD in Afrika auf Äthiopien, Tunesien und Ägypten.

- 10. Know-how und Ausbildung stärken:** Sowohl das afrikabezogene Know-how in Unternehmen, Verwaltung und Politik innerhalb Deutschlands als auch die Ausbildung von afrikanischen Fachkräften vor Ort und in Deutschland sollte weiter verstärkt werden. Hier ist die deutsche EZ gefragt, bei der Ausbildung von Fachkräften für die wichtigsten lokalen Märkte noch stärker unterstützend zur Seite zu stehen und direkt mit deutschen Firmen bei der Ausbildung zu kooperieren. Die Planung und Abstimmung von Projekten sollte dabei auch entlang der Präsenz und der Bedarfe deutscher Firmen vor Ort vorgenommen werden. Der Personalaustausch sollte in beide Richtungen verstärkt und erleichtert werden.
- 11. Als Scharnier fungieren:** Die deutschen Akteure der EZ vor Ort sollten deutsche Unternehmen stärker unterstützen. Die gut ausgebaute Auslandspräsenz der Bundesrepublik Deutschland sollte also verstärkt als »Scharnier« verwendet werden. Wenn EZ-Akteure deutsche Firmen als »Informationsbroker« auf aus ihrer Sicht entwicklungspolitisch sinnvolle Geschäftsmöglichkeiten aufmerksam machen, gewinnen alle Seiten.
- 12. Know-how der Unternehmen nutzen und einbeziehen:** In die Planungsphase von deutschen EZ-Projekten sollte die Wirtschaft stärker einbezogen werden. EZ-Projekte sollten nicht zuletzt auch entlang der Kompetenzen und der Investitionsbereitschaft der Unternehmen ausgerichtet werden. Wenn dies gelingt, können EZ-Aktivitäten ebenso »gehebelt« werden, wie umgekehrt unternehmerische Aktivitäten in ihren positiven Wirkungen verstärkt werden. Die aktuell durch das BMZ gestartete Initiative der »IKT-Allianz« kann dazu beispielgebend werden.
- 13. Transparenz stärken:** Nach wie vor herrscht bei vielen Unternehmen Unsicherheit und Unwissen darüber, in welchem Rahmen und in welcher Form Kooperationen mit der deutschen EZ möglich sind und welche Bedingungen dafür gelten. Daher sollte als einheitlicher Anlaufpunkt die Servicestelle für die Wirtschaft und ebenso das gut funktionierende Modell der dezentral agierenden EZ-Scouts ausgebaut werden. Auch die Ländergespräche, bei denen das BMZ im Dialog mit NGOs und Verbänden seine Arbeit vorstellt, sind ein wichtiger Beitrag. Um kohärente Strategien mit einem wirtschaftlichen Impact zu schaffen, muss die Wirtschaft jedoch routinemäßiger in die Konsultationen mit den Kooperationsländern eingebunden werden. Es geht insgesamt darum, das Wissen über das wechselseitige Tun zu verbessern und vom jeweiligen Know-how des Partners zu profitieren.
- 14. International vergleichen:** Um von den Erfolgen Anderer zu lernen, sollten Benchmarking-Studien erstellt werden, die Prozesse der Kooperation zwischen Wirtschaft und EZ sowie Finanzierungs- und Versicherungsmodelle verschiedener OECD-Staaten vergleichen. International bewährte Modelle und Praktiken sollten in das Handlungsrepertoire der deutschen EZ übernommen werden.
- 15. Reisediplomatie gemeinsam planen:** Bei der Planung und Durchführung von Reisen der Bundesregierung und insbesondere des BMZ in Kooperationsländer sollten vor Ort aktive Unternehmen und der Afrika-Verein als Vertreter der in Afrika engagierten Unternehmen eingebunden sein. Reisen ohne Wirtschaftsvertreter sollten auch im EZ-Bereich die Ausnahme sein.